Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 3.—, ¼jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.30. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: **Günz & Fuhr, Naunhof** bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 6 — Freitag, den 14. Januar 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

Auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums darf in der Woche vom 16.—22. Januar keine Butter im hiesigen Bezirke verteilt werden.

Grimma, 10. Januar 1921. 7 Fe.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Abänderung der Bekanntmachung über Errichtung von Mieteinigungsämtern im Bezirke der Amtshauptmannschaft Grimma von 23. Oktober 1919.

§ 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Das Einigungsamt entscheidet in der Besetzung von einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, von letzteren hat je einer dem Kreise der Hausbesitzer und dem Kreise der Mieter anzugehören. Wenn es sich um Beschlagnahme von Räumen in landwirtschaftlichen Betrieben handelt, so muß der aus den Kreisen der Hausbesitzer gewählte Beisitzer Leiter eines landwirtschaftlichen Betriebes sein. Die Einberufung zu den Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden.

Grimma, 12. Januar 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Mit Zustimmung des Wirtschaftsministeriums werden die beim Bezirksverbande angestellten **Milchrevisoren** ihre Ueberwachungstätigkeit in einzelnen Gehöften in den nächsten Tagen wieder ausüben. Die Gemeindevorstände und Kuhhalter werden ersucht, den Revisoren bei Ausübung ihres Amts jede erforderliche Auskunft bereitwilligst zu erteilen.

Grimma, 12. Januar 1921. 9 Fe.

Die Amtshauptmannschaft.

Stadtgemeinderatssitzung

heute Donnerstag, den 13. Januar 1920, abends 7 Uhr.

Tagesordnung befindet sich im Rathause am Brett.

Ausgabe der Lebensmittelkarten.

Die Ausgabe der **Brot-, Butter-** und **Milchkarten** findet

Sonnabend, den 15. Januar 1921
im Vorraum zu den Geschäftsräumen, Rathaus Markt 1, 1 Treppe statt.

Die Karten werden ausgegeben

von 8 bis 10 Uhr vormittags

für die Einwohner der Badergasse, Bahnhofstraße, Bismarckstraße, Brandiser Straße, Breite Straße, Lange Straße, Lutherstraße, Markt, Melanchthonstraße,

von 10 bis 12 Uhr vormittags

für die Einwohner der Gartenstraße, Göthestraße, Grimmaer Straße, Großsteinberger Straße, Hainstraße, Moltkestraße, Mühlgasse, Nordstraße, Oststraße, Parthenstraße, Schillerstraße, Schloßstraße,

von 12 mittags bis 2 Uhr nachmittags

für die Einwohner der Kaiser-Wilhelm-Straße, Klingaer Straße, König-Albert-Straße, Körnerstraße, Kurze Straße, Leipziger Straße, Schulstraße, Waldstraße, Wasserwerk I und II, Weststraße, Wiesenstraße, Wurzener Straße selbständiger Gutsbezirk Staatsforstrevier Naunhof.

Die Haushaltungsvorstände werden aufgefordert, entweder selbst oder durch zuverlässige Personen, die Auskunft über die zur Haushaltung gehörigen Personen geben können, die Karten an der genannten Stelle zu entnehmen.

Es wird erwartet, daß möglichst alle Karten während der festgesetzten Ausgabezeit abgeholt werden.

Naunhof, am 12. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Butter-Anmeldungen.

Die Verbraucher haben den Bezug von Butter in einer der bekannten Verkaufsstellen anzumelden. Die Verkaufsstelle des Konsum-Vereins darf nur Meldungen von Mitgliedern des Konsumvereins entgegennehmen. Die Anmeldung hat sofort nach Ausgabe der Butterkarten zu erfolgen. Die Händler haben die Butterkarte mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Naunhof, am 12. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Brikett-Verkauf.

Auf die Marke 20 der sämtlichen Hausbrandkohlenkarten wird

Sonnabend, den 15. Januar 1921
von vormittags 9—½12 und nachmittags 1—4 Uhr

in Schirachs Grundstück, Bahnhofstraße 18, 1 Zentner Briketts zum Preise von 17 Mk. abgegeben.

Die Kohlengrundkarten sind dabei vorzulegen.

Naunhof, am 11. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Freitag, den 14. Januar 1921, vormittag 11 Uhr soll im Gasthof zur „Stadt Leipzig" in Naunhof als Versteigerungsort

1 Geldschrank

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 12. Januar 1921. Q 402/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Wahlkampf.

Zu einem „Großwahltage" sollen wir uns in Preußen diesmal rüsten. Man sieht, die Spracherfinder des Weltkrieges haben nicht vergebens gearbeitet. Wenn sie die Heimat auf die besondere Fruchtbarkeit der bald von hüben, bald von drüben eingeleiteten Schlachten hinweisen wollten, dann floß das Wort „Großkampftag" aus ihrer Feder, und das deutsche Volk lernte rasch aus der besonderen Dickleibigkeit der Verlustlisten die schauerliche Tragweite dieses Fachausdruckes kennen. Ganz so schlimm wird es am 20. Februar hoffentlich nicht werden, aber von einem Großwahltage zu sprechen, klingt trotzdem gehaltvoll und schicksalsreicher, und so wird mancher vielleicht zur Wahlurne schreiten, der sich beim Fehlen dieses, immerhin einigermaßen bestimmend wirkenden Schlagwortes von Schlafrock und Pantoffeln auch am Tage der Entscheidung nicht getrennt hätte.

Darauf aber wird es auch am 20. Februar wieder ankommen, die Wahlbeteiligung möglichst umfassend zu gestalten. Es gilt diesmal, für Preußen eine neue gesetzgebende Versammlung zu wählen. Daneben sollen aber auch die Kreis- und Provinzialvertretungen ins Leben gerufen werden, und in den Abstimmungsbezirken von Schleswig und von Ostpreußen sollen auch die notgedrungen aufgeschobenen Reichstagswahlen endlich nachgeholt werden. Ob diese Häufung von Wahlhandlungen den Eifer der Stimmberechtigten erhöht oder vielmehr abschwächt, ist noch sehr die Frage. Folgt man den Zeichen der Zeit, wie sie sich hier und dort, bald im Norden, bald im Süden des Reiches beobachten lassen, so muß wohl von einer ziemlich ausgesprochenen Wahlmüdigkeit weiter Volkskreise geredet werden, und je umständlicher die Wahlhandlung gestaltet wird, desto weniger Lust verspürt der normale Wähler, sich um ihretwillen in irgendwelche Unkosten zu stürzen. Aber schließlich kommt es ja wohl auch darauf etwas an, um was gekämpft wird, und hier steht Preußen auf dem Spiel, nicht mehr und nicht weniger. Es wird sich zu erweisen haben, ob die Seele des preußischen Volkes noch genügend Flügelkraft behalten hat, um trotz aller schweren Heimsuchungen der letzten Jahre sich ein eigenwüchsiges staatliches Leben zu sichern.

Herr Braun, der preußische Ministerpräsident, hat in seiner Königsberger Rede dem Wahlkampf das Ziel gewiesen, daß die sozialistischen Parteien der Landesversammlung verstärkt in den Landtag zurückkehren müßten, damit so auch das Reich gezwungen werde, den Kurs etwas mehr nach links zu drehen. Umgekehrt streben die rechtsstehenden Parteien darauf hin, daß ihr Schwergewicht durch die Wählerschaft entscheidend verstärkt werde, damit nicht nur Preußen von seiner, ihnen unnatürlich erscheinenden sozialistischen Regierung befreit, sondern auch der bürgerliche Charakter der Reichsregierung nach Möglichkeit „verankert" werde. Die Deutschnationalen sowohl wie die deutsche Volkspartei haben denn auch den Wahlkampf bereits mit großen rednerischen Veranstaltungen eröffnet, und ihre Sprecher haben es weder an Begeisterung für das alte Preußentum, noch an oppositioneller Wucht in der Verurteilung der heutigen Zustände im Staate Friedrichs des Großen fehlen lassen. Die Sozialdemokratie muß abermals als Regierungspartei in den Wahlkampf hineingehen, was ihr im Reiche bekanntlich nicht sonderlich gut bekommen ist. Ihre Landtagsfraktion suchte deshalb beizeiten vorzubauen; sie scheute nicht davor zurück, gegen Vorlagen ihrer eigenen Regierung schärfste Opposition zu machen, so z. B. gegen den Vermögensvergleich mit dem Hause Hohenzollern, um dem Volke zu zeigen, daß sie immer noch abzulehnen und zu kritisieren vermöge, so viel der ihrigen auch mittlerweile in Rang und Stellung gelangt sind. Aber schließlich kommt es doch wohl auch auf tatsächliche Leistungen an. Mit dem heutigen Zustand der Dinge sind aber wohl zweifellos nur geringe Teile der Wählerschaft zufrieden. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß die mit Demokraten und Zentrum in Preußen regierende Sozialdemokratie für die Verschlechterung der allgemeinen Verhältnisse im Lande materiell und formell verantwortlich zu machen sei; sicherlich hätte auch jede andere Partei und Parteigruppierung in Preußen uns keine paradiesischen Zustände herzustellen vermocht. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Unbehaglichkeiten des Lebens ständig zu- statt abgenommen haben, und daß dafür gerade nach den Grundsätzen des parlamentarischen Systems, mit dem das alte Preußen aus den Angeln gehoben wurde, die gegenwärtig amtierende Regierung den Wählern gegenüber aufzukommen hat. Sie wird sich ihrer Haut ganz kräftig wehren, das ist gewiß; zum mindesten aber wird gegen sie der Anschein der Unfähigkeit, es besser zu machen als ihre Vorgänger, sprechen, und ob in der Hitze des Wahlkampfes hier immer zwischen gerechten und ungerechten Vorwürfen, zwischen möglichen und unmöglichen Forderungen unterschieden werden wird, das ist sehr die Frage. Jedenfalls einen leichten Stand wird die Regierungskoalition, in der es ja auch nicht immer übermäßig einheitlich und geschlossen zugegangen ist, vor den Wählern schwerlich haben. Die Kraft der reinen Verneinung pflegt sich so künstlichen Gebilden gegenüber stets überlegen zu zeigen.

Das Volk wird wieder einmal zur Entscheidung aufgerufen, und wir wollen sehen, ob es wirklich in seiner Gesamtheit diesem Rufe Folge leisten und damit vieles von dem, was in den letzten Jahren geschehen ist, rechtfertigen wird.

Alles nur für Frankreich!

Der Raub unserer Rheinflotte.

Über den Schiedsspruch des amerikanischen Schiedsrichters in der Frage der Rhein-Tonnage, der am 8. Januar ergangen ist, werden von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der Schiedsrichter hat entschieden, daß an Frankreich abzutreten sind:

1. **Kahnraum in Höhe von 250 150 Tonnen, Schleppkraft in Höhe von 23 761 Pferdestärken,**
2. **die Einrichtungen der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport, die sie im Hafen von Rotterdam am 1. August 1914 besaß,**
3. **76 Prozent der Aktien der Rheinschiffahrts-Gesellschaft vormals Fendel-Mannheim,**
4. **Schiffsraum und Schleppkraft von Fendel wird auf Tonnage und Schleppkraft zu (1.) voll in Anrechnung gebracht.**

Der Schiedsrichter ist davon ausgegangen, daß für Wiedergutmachungszwecke höchstens 14,34 Prozent Kahnraum und 2,2 Prozent Pferdestärken Schleppkraft von der Rheinflotte abzugeben sein werden. Er hat daher für die Berechnung der Abtretungen gemäß Artikel 357 des Friedensvertrages nur 85,66 Prozent des Kahnraumes und 97,8 Prozent Pferdestärken Schleppkraft der deutschen Rheinflotte zugrunde gelegt. Das sind 1 888 651 Tonnen Kahnraum und 170 264 Pferdestärken Schleppkraft. Sollte wesentlich weniger zu Reparationszwecken abgegeben werden, so wird ein Anspruch Frankreichs auf eine entsprechende Erhöhung der bewilligten Tonnage anerkannt. Andererseits kann die deutsche Regierung eine Herabsetzung der 76 Prozent Fendel-Aktien beantragen, wenn sie nachweist, daß ein geringerer Prozentsatz der Aktien zur Kontrolle der Gesellschaft durch Frankreich genügen würde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

† **Das wachsende Reichsdefizit.** Das Reichskabinett hat sich mit der Frage einer Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reichs beschäftigt. Dem Wunsche der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzminister der Länder, vor endgültiger Stellungnahme gehört zu werden, wird in einer weiteren Sitzung Rechnung getragen werden. Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Beseitigung der bereits jetzt im ordentlichen Haushalt sich ergebenden Fehlbeträge, die durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstande einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage eine grundsätzliche Stellungnahme der gesetzlichen Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Bewilligung der Teuerungszuschläge herbeizuführen.

† **Reichsfinanzminister und Reichstag.** In Reichstagskreisen verlautet mit großer Bestimmtheit, daß der Reichsfinanzminister spätestens Ende Januar zurücktreten werde, weil er die Verantwortung für die augenblickliche Reichsfinanzpolitik nicht mehr tragen will und in zweiter Linie er auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem Reichstage nicht mehr rechnen kann. Man macht dem Minister zum Vorwurf, daß er den Beamten jetzt Zugeständnisse unter dem Druck äußerer Verhältnisse machen muß, die der Reichstag im Dezember in bescheidenerem Umfange auf Betreiben des Dr. Wirth ablehnen mußte und daß bei allen neuen Verhandlungen mit den Beamten der Reichstag ziemlich kaltgestellt worden sei.

† **Ungenügendes Sühnegeld.** Die Reichsregierung hat das Angebot der französischen Regierung, den Eltern des bei einer Tanzbelustigung in Ingelheim getöteten Mädchens aus Frankfurt a. M. 25 000 Franken Sühnegeld zu zahlen, als ungenügenden Schadenersatz abgewiesen.

† **Der Reichswirtschaftsrat** wird Ende Januar zu einer Plenarsitzung zusammentreten und u. a. auch die Neuwahl des Präsidiums vornehmen. Wie verlautet, will der gegenwärtige Präsident v. Braun ausscheiden, da er

SLUB
Wir führen Wissen.